



Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

N^o 71.

Freitag den 24. März

1843.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 24 des Beiblattes der Breslauer Zeitung, „Schlesische Chronik“, ausgegeben. Inhalt: 1) Die Empfindlichkeit der Deutschen gegen Tadel. 2) Die Besteuerung der Geistlichen und Lehrer in Hirschberg. 3) Correspondenz aus Schönau, aus dem Riesengebirge, Bunzlau, Glogau, Konstadt.

Landtags-Angelegenheiten.

Provinz Schlesien.

Breslau, 23. März. In den Sitzungen am 14. und 15. März beschäftigte sich der Landtag mit der Berathung der bergrechtlichen Bestimmungen, welche neben dem gemeinen preussischen Bergrechte als provinzialrechtlich beizubehalten sein dürften, und beschloß einstimmig: darauf anzutragen, daß unter diese Bestimmungen auch ausdrücklich die aufgenommen werde, Braunkohlen sind, gleich den Eisenerzen, dem Berg-Regal nicht unterworfen.

Bei der fernern Berathung, über die Instruktion zur Verwaltung des Berg-Regals, wurde auf das Drückende des Abgaben-Verhältnisses bei dem Bergbau aufmerksam gemacht, indem der Zehnt nicht vom Netto-, sondern vom Brutto-Ertrage entrichtet werden müsse. Dieser Zehnt betrage daher keinesweges wie der Name dieser Abgabe anzudeuten scheint, den zehnten Theil des reinen Gewinnes, sondern bei günstigen Verhältnissen mindestens die Halbscheid desselben, bei ungünstigen Verhältnissen entziehe er jeden reinen Gewinn. Auf diese Art werde die Industrie besteuert, und die Abgabe werde in dem Verhältnisse drückender als bei steigenden Holzpreisen, der schwierigeren und deshalb kostspieligeren Ableitung der Gewässer wie der Förderung der aus immer größerer Tiefe herauszuschaffenden Mineralien, der Rein-Ertrag des Bergbaues auf vielen Gruben immer geringer werden müsse. In der einstimmigen Ueberzeugung, daß dieser Gegenstand nicht nur von Wichtigkeit für die Grubenbesitzer, sondern auch für das allgemeine provinzielle Interesse sei, indem durch drückende Abgaben-Verhältnisse, die Fortschritte des Bergbaues gehemmt würden, und der Preis des geförderten, für den Bedarf des Publikums nothwendigen Produkts, gesteigert werde, wurde beschlossen, in der an Se. Majestät den König über diese Allerhöchste Proposition zu richtenden Adresse zu bitten

die Zehnt-Abgabe von Bergwerks-Produkten künftig nicht mehr vom Brutto-, sondern vom Netto-Ertrage erheben zu lassen.

Nach Beendigung der Berathung über die oben genannten, die Allerhöchste Proposition XIV. betreffenden Gegenstände ging die Landtags-Versammlung in den folgenden Plenar-Sitzungen zur Berathung der Allerhöchsten Proposition VI., betreffend

den Entwurf zur Verordnung wegen Freilassung des Bettwerks für den Schuldner und seine nächsten Angehörigen bei allen Arten der Exekutions-Vollstreckung über.

Die wohlwollende Meinung der Gesetzgebung dankbar anerkennend, wurde dieser Gesetz-Entwurf einstimmig angenommen.

Ebenso überzeugte sich die Landtags-Versammlung, daß durch die als Proposition VIII. vorgelegte Verordnung, betreffend die zum Zweck einer Auseinandersetzung eingeleiteten Subhastationen

eine Abänderung des § 2 Nr. 3 der Verordnung über den Subhastations- und Kaufgelder-Liquidations-Prozess, vom 4. März 1834 zu dem Zweck stattfinden solle: bei diesem Verfahren der Auseinandersetzung unter Miteigenthümern, die Rechte dritter; dabei betheiligter Personen mehr sicher zu stellen, als durch jene Verordnung geschehen sei, und erklärte sich einstimmig für die Zweckmäßigkeit des zur Berathung vorgelegten Gesetz-Entwurfs.

Die Allerhöchste Proposition III., Verordnung wegen Zusammenrechnung der Besitzzeit der Erblasser und der Erben bei Beurtheilung der zur Ausübung ständischer Rechte erforderlichen Dauer des Grundbesitzes

enthält die Bestimmung, daß bei Berechnung des zur Wählbarkeit der Abgeordneten aller Stände zu den Provinzial-Landtagen erforderlichen zehnjährigen Grundbesitzes, in jedem Vererbungs-falle die Besitzzeit des Erblassers und des Erben zusammen gerechnet werden soll, und wurde einstimmig angenommen. Eben so einstimmig wurde beschlossen, bei Se. Majestät dem König allerunterthänigst anzutragen: diese Verordnung möge dahin ausgedehnt werden:

daß die Abtretung des Grundbesitzes von Ascendenten oder Collateralen an Descendenten oder Collateralen bei Lebzeiten des Abtretenden, der Vererbung gleich zu achten sei.

In der Allerhöchsten Proposition IV., Verordnung zur Ergänzung der Vorschriften über die Wählbarkeit zu Landraths-Ämtern

ist bestimmt, daß die Wählbarkeit zu Landraths-Ämtern vermöge eigenthümlichen Grundbesitzes im Kreise, in Zukunft eine der Wahl vorangegangene, mindestens fünfjährige ununterbrochene Dauer dieses Besitzes erfordern solle, dagegen in jedem Vererbungs-falle die Besitzzeit des Erblassers und der Erben zusammenzurechnen, auch die Abtretung eines Gutes vom Vater an den Sohn, bei Lebzeiten des Erstern, der Vererbung gleich zu achten sei.

In den Motiven zu dieser Verordnung ist entwickelt, wie der Zweck derselben darauf gerichtet sei, die Wahl zu dem Amt eines Landraths, einem Amte, dessen Wirksamkeit und Nützlichkeit vorzüglich von dem Vertrauen, welches der Gewählte im Kreise genieße, abhängig sei, nur auf solche Männer zu leiten, welche durch eine längere Besitzzeit sich die genauere Bekanntschaft und das Vertrauen ihrer Mitstände erworben hätten. Die Versammlung theilte einstimmig die Ueberzeugung, daß das Vertrauen bei seinen Mitständen und eine möglichst genaue Bekanntschaft mit den Verhältnissen des Kreises die wesentlichsten Bedingungen seien, auf denen die nützliche Wirksamkeit eines Landraths beruhe, und daß eine solche Kenntniß, der Besitz eines solchen Vertrauens, allerdings eher von Männern zu erwarten sei, welche längere Zeit im Kreise angefaßen, als von solchen, welche erst kurze Zeit demselben angehört. Auf der andern Seite konnte der Versammlung die Thatsache nicht entgehen, daß es schon bei den jetzt bestehenden Verhältnissen oft schwer, ja unmöglich gewesen sei, bei den Landrathswahlen drei Kandidaten zu finden, welche entweder zu diesem Amt befähigt, oder geneigt gewesen wären, dasselbe anzunehmen, es sei daher zu befürchten, daß eine Beschränkung der Wahl auf eine längere Dauer des Besitzes dieselbe noch mehr erschweren und dahin führen werde, Männer zu dem Amt eines Landraths ernannt zu sehen, welche gar nicht im Kreise angefaßen, mit den Verhältnissen desselben gar nicht bekannt seien. Auch war man der Meinung, daß das Vertrauen weniger von der längern Besitzzeit als von der Handlungsweise eines Mannes abhängig sei, und daß derjenige, welcher bei kürzerer Dauer des Besitzes, ein lebhaftes Interesse für den Kreis gezeigt und sich als einsichtsvoll und tüchtig bewährt habe, eher Anspruch darauf machen könne, als ein Mann, welcher, wenn auch lange im Kreise angefaßen, sich vielleicht wenig oder gar nicht mit den Interessen desselben beschäftigt habe. Diese Ansicht wurde von der Mehr-

heit der Versammlung getheilt und man beschloß, Sr. Majestät den König allerunterthänigst zu bitten: die als Proposition IV. vorgelegte Verordnung Allerhöchste nicht zur Ausführung bringen zu lassen, dieselbe nicht zum Gesetz zu erheben. Die Versammlung überzeugte sich jedoch von ihrer Verpflichtung, die vorliegende Verordnung eventuell zu berathen, und beschloß im Fall jene Verordnung doch zur Ausführung kommen solle, darauf allerunterthänigst anzutragen:

daß unter dem zur Wählbarkeit erforderlichen Besitz, nur Natural-Besitz verstanden werden möge. Daß die Abtretung eines Gutes von Ascendenten an Descendenten oder von Collateralen an Collateralen bei Lebzeiten des Abtretenden der Vererbung gleichgestellt werde,

daß der zur Wählbarkeit erforderliche fünfjährige Vorbesitz auf einen zweijährigen Vorbesitz beschränkt werde.

Nach dem Schluß der Berathung über diese Allerhöchste Proposition, erfolgte der Vortrag über die Petition eines Abgeordneten aus dem Stande der Städte des Inhalts:

daß die Wahl des Landraths in Schlesien nicht wie bisher von den Ritterguts-Besitzern des Kreises allein erfolgen müsse, sondern daß das Wahlrecht den Kreisversammlungen ertheilt werde.

Die Mehrheit der Landtags-Versammlung erklärte sich zwar für die Annahme dieser Petition, jedoch keine solche Mehrheit, wie sie nach § 47 des Gesetzes vom 27. März 1824 erfordert wird, um eine Petition an Se. Majestät den König zu richten.

Aus dem Vortrage über ein, dem Landtage zugegangenes Schreiben, welches in fünf verschiedenen Anträgen, Vorschläge der mannichfaltigsten und sonderbarsten Art zu Petitionen, aber keine eigentliche Petition enthält, gewann die Landtags-Versammlung die Ueberzeugung, daß keiner dieser Anträge sich zu einer Petition des Landtags eigne.

Durch die Herren Abgeordneten der Oberlausitz ist im Auftrage des dortigen Communal-Landtages eine Petition des Inhalts übergeben worden

„der Provinzial-Landtag möge sich bei Sr. Majestät dem König dahin verwenden, daß die diesseitige Oberlausitz in dem ständischen Ausschusse des schlesischen Provinzial-Verbandes, stets durch ein Mitglied aus der Zahl der Abgeordneten der Oberlausitz vertreten werde.“

Der Antrag wird motivirt durch die, von den Verhältnissen Schlesiens sehr abweichende und ganz eigenthümliche Provinzial-Verfassung und Provinzial-Gesetzgebung der Oberlausitz, und durch die hiernach nothwendige Berücksichtigung ihrer abgesonderten eigenthümlichen Interessen, zu deren Wahrnehmung Abgeordnete aus der Provinz Schlesien, welche diese Interessen nicht kennen, außer Stande seien, wie sich solches schon bei Berathung des Gesetzes über die Benutzung der Privatflüsse gezeigt habe. Des Königs Majestät habe ein Immediat-Gesuch des Communal-Landtages in dieser Angelegenheit abgelehnt, mit dem Eröffnen, daß dem Communal-Landtage überlassen bleibe, seine Anträge bei dem nächsten Provinzial-Landtage anzubringen.

Wenn auf der einen Seite die Billigkeit und Angemessenheit des gemachten Antrages nicht verkannt werden konnte, auf der andern Seite aber berücksichtigt werden mußte, daß die Provinz Schlesien eine Verminderung der Zahl ihrer Ausschuss-Mitglieder, durch selbstständige Vertretung der Oberlausitz nicht erleiden könne,

eignete man sich in dem Beschluß, an Se. Majestät den König das allerunterthänigste Gesuch zu richten:

daß der Provinz Schlesiens gestattet werden möge, eine größere Anzahl als 12 Mitglieder zu dem Landtags-Ausschuß zu wählen und dabei die Obliegenheit anzuerkennen im Fall Allerhöchster Genehmigung dieses Antrages, nach der diesbezüglichen Allerhöchsten Bestimmung jedesmal Abgeordnete aus der Oberlausitz zu wählen.

Provinz Brandenburg.

Am 6. März versammelte man sich zur ersten Plenar-Sitzung. Die Verhandlungen begannen damit, daß der Herr Landtags-Marschall die Abgeordneten in sechs Ausschüsse eintheilte und diesen die verschiedenen dem Landtage zugegangenen königlichen Propositionen zur vorbereitenden Bearbeitung überwies. Dabei ward der Versammlung zugleich die Eröffnung gemacht, daß ein besonders einberufener ständischer Ausschuß schon seit 3 Wochen mit Vorbereitung des Gutachtens über den Entwurf des neuen Strafgesetzbuches beschäftigt sei. — Hiernächst wurden noch die eingegangenen Petitionen und Berichte vorgelesen und ebenfalls an die Ausschüsse zur Begutachtung vertheilt.

Den Präklusiv-Termin, bis zu welchem es noch gestattet sein sollte, Petitionen an den Landtag zu bringen, setzte der Landtags-Marschall auf den 15. März fest. — Die nächstfolgenden Tage wurden zu den Beratungen und Arbeiten der Ausschüsse verwendet.

Die zweite Plenar-Versammlung fand am 14. März statt. Die fünfstündige Sitzungszeit ward vollständig ausgefüllt mit Verlesung der inmittelst noch eingegangenen Petitionen, welche sogleich an die Ausschüsse zur Begutachtung vertheilt wurden.

Es liegen dem Landtage nunmehr 14 königl. Propositionen und 37 Petitionen und Berichte zur Bearbeitung vor. — Das Ausschuß-Gutachten über den Entwurf des Strafgesetzbuches, welches durch den Druck vervielfältigt worden, ward den Landtags-Mitgliedern zugestellt, und soll dieser Gegenstand demnächst zur Berathung gelangen.

Provinz Westphalen.

Münster, 15. März. In der Plenar-Versammlung vom 10ten d. M. wurden die Vorschriften des Strafgesetzbuchs über Anwendung körperlicher Züchtigung als Polizeistrafe erörtert. Man vereinigte sich dahin, daß das Gesetz sowohl in Beziehung auf die dieser Strafe zu unterwerfenden Personen, als die damit zu belegenden Handlungen scharfe, aller Willkür ausschließende Grenzen bestimmen müsse, — daß also körperliche Züchtigung nur bei solchen Vergehen eintreten dürfe, wo sie durch allgemeine oder besondere Verordnungen ausdrücklich gestattet sei, außer diesen durch das Gesetz speziell angesehenen Fällen aber nur gegen Personen, denen die National-Kokarde aberkannt ist, oder welche das sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, und zwar nur in Fällen eines groben oder öffentlichen Unfugs. Durch diese Bestimmung würde zugleich der Verlust der National-Kokarde eine politische Bedeutung erhalten, welche die Wirksamkeit dieser Ehrenstrafe, in Uebereinstimmung mit den militairischen Einrichtungen, vortheilhaft verstärken würde.

(Plenar-Versammlung vom 11. März.) Der § 171 des Entwurfs bestimmt, daß Angriffe auf die Ehre verstorbener Mitglieder des königlichen Hauses mit Gefängnißstrafe oder Straf-Arbeit bis zu 2 Jahren zu ahnden sind. Es wurde bemerkt, daß eine mißbräuchliche Anwendung einer solchen Vorschrift die Unabhängigkeit und Freiheit der Geschichtschreibung und Geschichtsforschung gefährden könne, da es sich hier von solchen Personen handle, die vorzugsweise der Geschichte angehören. — Die Vorschrift des Allgemeinen Landrechts in § 148, Tit. 20, Theil II. belegt das Verrathen von Fabrik- oder Handels-Geheimnissen an Fremde mit Strafe. Man hielt eine solche Bestimmung zur Aufnahme in das Strafgesetzbuch nicht geeignet, weil sie mit dem gegenwärtigen Zustande der Industrie und der Anwendung der Wissenschaft auf dieselbe nicht vereinbar, auch jeder Staat in der Konkurrenz mit andern geneigt sei, sich alle Fortschritte der Wissenschaft und Technik anzueignen. — Wenn § 176 des Entwurfs diejenigen, welche Vorsteher, Gehülfsen oder Arbeiter inländischer Fabriken verleiten, vor Ablauf der Kontraktzeit den Dienst ihrer Fabrikherren zu verlassen und in den Dienst ausländischer Fabrikherren überzugehen, mit derselben Strafe bedroht, welche nach § 175 diejenigen verurtheilt haben, die es sich zum Geschäft machen, Unterthanen zur Auswanderung zu verleiten, so fand die Mehrheit dieser Strafe wegen der Analogie beider Fälle angemessen; die Minderzahl beantragte für die Verleitung der Fabrik-Arbeiter u. s. w. eine schärfere Strafe, weil das Vergehen gemeinschädlicher und mit einer civilrechtlichen Rechtsverletzung, einem Kontraktbruch verbunden sei. Der § 179 belegt denjenigen, der einen Soldaten vorsätzlich zur Desertion verleitet, und denjenigen, der ihm dazu beförderlich ist, mit gleicher Strafe. Man glaubte, die Strafe des letztgedachten Vergehens lediglich nach den allgemeinen Vorschriften von Begün-

stigung eines Verbrechens beurtheilen zu müssen, während für das erstere offenbar eine härtere Strafe notwendig erscheint. Die Mehrheit wünschte jedoch auch für dieses Verbrechen, wenn auf Strafbarkeit erkannt worden, die Verluste der Ehrenrechte ausgeschlossen zu sehen, während die Minderzahl darin die Verleitung zu Eidesbruch erkennen und deshalb die Anwendung geschärfter Strafen neben notwendiger Aberkennung der Ehrenrechte beantragen zu müssen glaubte. — In § 183 ist bestimmt: wer öffentlich, in Worten, Schriften, Abbildungen oder Darstellungen den Staat, dessen Verfassung, Einrichtung oder Verwaltung, es sei im Ganzen oder einzelnen Zweigen, durch Erdichtungen oder durch Entstellungen der Wahrheit, durch Schmähungen oder Spott herabzuwürdigen sucht, hat Gefängniß nicht unter 3 Monaten oder Strafarbeit bis zu 3 Jahren verwirkt. Die Majorität beantragt die Weglassung der Worte: „oder Spott“; weil es zu schwierig sei, mit diesem Worte einen bestimmten Begriff zu verbinden; weil durch das Wort „Schmähung“ jedem Mißbrauche vorgebeugt sei; weil aber endlich die Wahrheit in der Form des Scherzes, des Humors und der Laune, und zum allgemeinen Besten, nicht mehr gesagt werden dürfe, ohne beflüchten zu müssen, der Strafe zu verfallen. Die Minderzahl war dagegen der Ansicht, daß das Vaterland, so wenig wie die Religion, je Gegenstand des Spottes werden dürfe; daß dieser Spott nur dann dem Strafgesetze verfallend, wenn er den Staat u. s. w. herabzuwürdigen suche; daß eine solche Absicht sich nicht mit Scherz und Humor vereinige; daß Jeder, der es mit seinem Vaterlande redlich meine, nur mit Ernst und Ehrfurcht dessen Verhältnisse, namentlich aber vermeinte Mängel, besprechen könne; daß Spott hier eben so gefährlich als unwürdig erscheine und völliges Mangel an Nationalgefühl bekunde. — Die Majorität beantragte ferner, die Untersuchung wegen des in § 183 gedachten Verbrechens nicht ex officio, sondern nur auf Antrag der Landes-Polizei-Behörde eintreten zu lassen, weil die Staats-Behörde selbst darüber entscheiden müsse, ob sie die Untersuchung den Umständen nach dem öffentlichen Interesse gemäß finde. — Bei Bestrafung von Beleidigungen gegen öffentliche Beamte soll der Antrag auf Bestrafung nach § 187 unter Genehmigung der Dienstbehörde nur so lange zurückgenommen werden können, als das Erkenntniß erster Instanz noch nicht publizirt ist. Derselbe Grundsatz ist in § 284 für alle Ehrenverletzungen ausgesprochen. — Die Mehrheit wünschte statt dieser Vorschrift die Beibehaltung der bisherigen Bestimmung, wonach die Zurücknahme des Antrags so lange geschehen konnte, als die Strafe nicht vollstreckt war, weil man in dem Straf-Erkenntniß unter hinzutretender Verzeihung eine hinreichende Ausgleichung der geschehenen Rechtsverletzung fand. Die Minderzahl hielt die Bestimmung des Entwurfs zweckmäßiger, weil nach einmal erfolgtem Richterspruch nicht mehr eine Privatfache vorliege, der Spruch vielmehr vollzogen werden müsse, um das Ansehen des Gesetzes zu bewahren, vor dessen Gebot nur die Begnadigung des Landesherrn, nicht die Willkür eines Privatmanns, sichern dürfe. Zur Verzeihung sei aber bis zur Publikation des Urtheils hinreichende Frist gegeben. — Die §§ 191 und 192 bestimmen den Begriff erlaubter Selbsthilfe weit schärfer und ausgedehnter, als die bisherige Gesetzgebung. Sie ist danach nicht bloß zur Abwendung eines unwiederbringlichen Schadens, sondern auch erlaubt: 1) zum Schutze gegen eigenmächtige Störungen des Besizes oder der Gewahrsam; 2) zur Wiedererlangung des Besizes oder der Gewahrsam gegen denjenigen, welcher sich einer Sache gewaltsam, heimlich oder listiger Weise bemächtigt hat, wenn derselbe auf frischer That betroffen wird oder die Hilfe der Obrigkeit wahrscheinlich zu spät kommen würde, und 3) zur Vertheilung desjenigen, welcher unbefugterweise in das Besizthum eines Andern eindringt oder gegen dessen erklärten Willen darin verweilt. Diese Bestimmungen und der dadurch gewährte kräftige Rechtsschutz wurden einstimmig als sehr zweckmäßig anerkannt. — Nach § 11 der Verordnung vom 17. August 1835 haften für die bei einem Aufbruch und Tumult verursachten Beschädigungen nicht nur die Urheber, sondern auch alle Zuschauer, die sich nach dem Einschreiten der Obrigkeit nicht sofort entfernt haben, solidarisch. Diese Vorschrift ist in den Entwurf nicht aufgenommen, weil sie zu einer unverhältnißmäßigen Härte führen kann und nicht im Verhältniß zu der Größe der Vergehens steht. — In Beziehung auf die Strafbestimmung des § 239 wegen Beleidigung der Religions-Gesellschaften beantragte die Mehrheit, diese Strafe nach Analogie der Vorschriften über Beleidigung des Staats auch in den Fällen eintreten zu lassen, wenn die Religions-Gesellschaften oder ihre Lehren, Einrichtungen und Gebräuche durch Erdichtungen oder Entstellungen der Wahrheit herabzuwürdigen gesucht würde, während die Minderzahl der Ansicht war, daß es dem Richter hier an bestimmten Erkennungszeichen der Wahrheit gebrechen würde. — Der § 238 belegt öffentlich ausgestößene Gottes-Lästerungen mit Gefängnißstrafe von 1 bis zu 6 Monaten. Hingegen wurde die Bemerkung gemacht, daß, wenn das Strafgesetzbuch dieses Verbrechen aufnehme — vom Standpunkt des christlichen Staats eine härtere Strafe erforderlich erscheine. Die

Mehrheit war jedoch der Meinung, daß es sich hier nicht von einer Bestrafung der Beleidigung, sondern nur von Ahndung des öffentlichen Uergernisses und von Zurückweisung der Rohheit ein s Unglücklichen handle und die Strafe diesem gemäß angemessen erscheine. — Nach § 243 werden eidliche Versicherungen oder eidliche Angelegenheiten, die nicht vor einer öffentlichen Behörde abgeleistet worden sind, mit Geldbußen bis zu 50 Rthln. oder Gefängniß bis zu 6 Wochen geahndet. Die Mehrheit fand diese Strafbestimmung zur Aufrechthaltung der Heiligkeit des Eides und zur Verhütung von Mißbrauch um so mehr für nöthig, weil der Staat mit dem Eide die wichtigsten bürgerlichen Folgen verknüpft habe, namentlich ein großer Theil des Rechts-Verfahrens darauf beruhe. Die Minderzahl bemerkte dagegen, daß der Eid stets eine Religionshandlung bleibe, wenn auch der Staat sich derselben zu seinen Zwecken bediene, und daß die Vollziehung dieser Religionshandlung dem Gewissen überlassen werden müsse.

Ueber das Gesetz vom 6. Januar 1843.

Es ist gewiß die wohlmeinende Absicht des Gesetzes vom 6. Januar d. J. über die Bestrafung der Landstreicher, Bettler und Arbeitsscheuen mit der größten Dankbarkeit anzuerkennen, ich bin jedoch der Meinung, daß dieses Gesetz die beabsichtigte Wirkung nicht eher erreichen wird, als bis der Kostenpunkt dieser Angelegenheit anderen, als den bestehenden Verordnungen unterliegt. — Bis jetzt fallen alle Aufgreifungs-, Untersuchungs-, Detentions- und Bestrafungskosten dem forum delicti commissi zur Last. Von diesem müssen aufgegriffene Personen oft sogar neu bekleidet werden, ja selbst die Transportkosten für solche Individuen können ihrem forum domicili nur dann liquidirt werden, wenn dieses es nicht vorzieht, sich jene durch Zwangspasß zuzusenden zu lassen.

Landstreicher, Bettler und Arbeitsscheue haben ihr Domicil hauptsächlich in volkreichen Dörfern, besonders in Fabrikdörfern und in den Städten. Nun liegt es aber jeder Ortsbehörde ob, für Unterstützung ihrer hilfsbedürftigen Einwohner und für die Beaufsichtigung ihrer Taugenichtse zu sorgen. — Welche Veranlassung zur Erfüllung dieser Obliegenheit hat sie jedoch, wenn ihr für Vernachlässigung derselben keine Strafen, für Erfüllung derselben im Gegentheil bedeutende Kosten bevorstehen?! — Hat das forum domicili jedoch alle oben benannten Kosten zu tragen, oder dieselben dem forum delicti commissi wieder zu erstatten, wenn der Inculpirt dort verhaftet bleiben, oder bestraft werden muß, so wird an jedem Orte bald eine geregelte Armenverpflegung eintreten, die Landstreicher und Arbeitsscheuen aber werden unter polizeiliche Aufsicht gestellt und zwangsweise zum eigenen Erwerbe ihres Unterhalts angehalten werden. Denn jede Ortsbehörde wird leicht erlauben, daß die Vernachlässigung dieser Pflicht ihr dann bei weitem größere Kosten als die Erfüllung derselben zuziehen muß, während jetzt jede Commune die vorbenannten Individuen, welche ihr angehören, gern herumlaufen läßt, wo sie wollen, weil sie sich dadurch die Kosten ihrer Unterstützung und die Mühe ihrer Ueberwachung erspart. — Allerdings wird auf diese Weise der größte Theil der Kosten, welche durch mehr benannte Individuen herbeigeführt werden, den Städten und volkreichen Dörfern zur Last fallen. — Aber wie sollen auch kleinere Orte, oder solche, in denen nur ordentliche und arbeitssame Leute wohnen, und welche ihre Armen hinreichend unterstützen, dazu kommen, für die größeren, oder solche zu büßen, welche ihre Armen nicht unterstützen oder lieberliches Gesindel nicht zu einem rechtschaffenen Lebenswandel anhalten?! — Außerdem aber müssen solche Individuen nie durch Zwangspasß, sondern stets per Transport nach ihrer Heimath befördert werden. Denn ein Zwangspasß hat nur die Folge, daß der Inhaber denselben von sich wirft, sobald er den Ort verlassen hat, wo er aufgegriffen oder bestraft wurde, irgend wo von neuem aufgegriffen wird, und neue Kosten verursacht.

Möchten die zum Provinziallandtage versammelten Herren Deputirten diese Anregung ihrer Berücksichtigung werth finden, um dahin zu wirken, daß auf die vorge-schlagene — oder eine bessere — Weise die Hindernisse aus dem Wege geräumt werden, welche der Wirksamkeit des besprochenen Gesetzes entgegenstehen.

* * Adelig und Bürgerlich.

Mehrere Zeitungen beklagen sich mit vollem Ernste und in ausführlichen Auseinandersetzungen über die schwere Verfündigung unserer Gesetzgebung, welche aus dem Bürgerstande eine Verbrecherkolonie des Adels mache. Mit aufrichtigem Schmerze finden wir die Rheinische Zeitung an der Spitze dieser durchaus unbegründeten Doktrin, deren Aufstellung und Vertheidigung mit dem Scharfblick und dem

Gerechtigkeitsgefühle, wie es in der Rheinischen Zeitung so oft bereite Vertreter fand, in so rohem Gegensatz steht. Die Rheinische Zeitung sagt geradezu: „Der Bürgerstand muß die vom Adel ausgestoßen Individuen aufnehmen, er kann sich ihrer nicht erwehren, so wenig, als ein Gefangener einen anderen Gefangenen aus dem Gefängniß weisen kann, der zur Strafe sein Gefellschafter wird. Die Strafe des Adlichen ist der Bürgerstand; der Bürgerstand ist also, aus dem Gesichtspunkte des Adels betrachtet, ein Straffand oder Straffzustand. Er ist nicht bloß dies, sondern er ist auch dem Gesetze gegenüber ein sträflicher, ein mit der Strafbarkeit gestempelter Stand an sich. Wir geben das rechtliche Bestehen des Adels zu. Aber wir können es eben darum so viel weniger auf Kosten des Bürgerstandes zugeben. Wir erklären, daß, da kein Bürgerlicher wegen Verbrechen in den Adelsstand erhoben wird, unser Gefühl sich dagegen sträubt, daß ein Adlicher wegen Verbrechen in den Bürgerstand hinübergewiesen werden soll.“ Diese Beweisführung ist nicht nur auf arge Induktionen, sondern auch auf eine seltsame Verwechslung der Grundbegriffe gebaut. Ein Artikel der Schlesischen Chronik (Nr. 21) hat bereits nachgewiesen, wie gehässig es sei, bürgerlich und Bürger als Synonyma für jene Folgerungen zu brauchen. Es liegt auch gewiß auf der Hand, daß ein Bürgerlicher noch kein Bürger ist. Denn das Bürgerthum ist ein Ehrenstand im Staate. Er muß unter besonderen Bedingungen und besonderen Förmlichkeiten, namentlich durch Ableistung des Bürger-Eides, erworben werden; er legt besondere Rechte und Verpflichtungen auf und steht unter besonderen Gesetzen und Privilegien. Nach der Städte-Ordnung von 1808 und 1831 muß jeder Bürger in die Bürger-Rolle eingetragen sein. Bedarf es einer Ausführung, daß ein des Adels verlustig erklärter Verbrecher nicht Bürger wird, wie die Rheinische Zeitung, jedenfalls nur aus Unachtsamkeit und Ungenauigkeit, indem sie die Ausdrücke Bürger und bürgerlich identifizierte, behaupten will? Bedarf es einer Ausführung, daß der des Adels verlustig erklärte Verbrecher nicht etwa mit dem Kriminal-Erkenntnisse kommen und auf den Namen und die Rechte des Bürgers mit dem Vorgeben Anspruch machen kann, daß er durch dies Erkenntniß — seine Bürgerbrief — ipso jure ein Bürger geworden sei, demnach weder die gesetzlichen Bedingungen nachzuweisen, noch die vorgeschriebenen Förmlichkeiten zu erfüllen brauche? Wir appelliren an den gesunden Verstand und glauben nur noch die eine Bemerkung beifügen zu müssen, daß in den Fällen, wo ein Adlicher gesetzlich, insbesondere nach der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 2. Februar und dem Justizministerial-Rescript vom 14. Februar d. J., den Adel verliert, er auch, wie jeder andere Staatsbürger, unfähig wird, das Bürgerrecht künftig zu gewinnen; daß er aber, falls er bereits ein adelicher Bürger ist, in solchen Fällen gleichzeitig das Bürgerrecht verlieren kann. § 39 der Städteordnung von 1808 bestimmt: doch kann Jeder, der sich durch niederträchtige Handlungen verdächtig gemacht oder wegen eines Verbrechens Kriminalstrafe erlitten hat, durch einen Schluß der Stadtverordneten des Bürgerrechts für verlustig erklärt werden (conf. §§ 19—21 der revidirten Städte-Ordnung). Sonach ist der Adliche mit jedem anderen Staatsbürger und jedem Bürger in specie in Bezug auf Erlangung und Verlust des Bürgerthums vollkommen gleichgestellt.

Wir gelangen zur zweiten Frage. Liegt darin eine Verneuerung des bürgerlichen Standes — nicht des Bürgerstandes, — daß ein des Adels verlustig erklärter bürgerlich wird? Die Antwort ergibt sich von selbst, wenn man sich deutlich macht, mit wie großer Sophisterei in dem sogenannten bürgerlichen Stande eine besondere Ehre aufgesucht werden muß, um seine Grenzen vor jedem Eindringling sorgfältig abzuschließen. Denn es gibt weder einen bürgerlichen Stand an und für sich, noch eine besondere Ehre des bürgerlichen Standes, insofern man seine Existenz annimmt. Der sogenannte bürgerliche Stand besteht nur, insofern man ihm den Adelsstand gegenüberstellt; es ist derjenige Stand, welcher

nicht zum Adel gehört, er kann nur negativ, niemals affirmativ definiert werden, und in dieser seiner Unterscheidung begreift er sämtliche nicht adelige Staatsangehörige ohne Unterschied, ob sie Bürger oder Bauern sind. Wir, die wir nicht Fürsten, Grafen, Barone oder Herren von sind, sind bürgerlich, d. h. wir sind es bloß deshalb, weil wir nicht Fürsten, Grafen, Barone oder Herren von sind. Besitzen wir deshalb einen besonderen Stand? Sollen wir auf diesen Stand stolz und eitel sein? In der That, dann müßten wir von der Gesetzgebung fordern, daß sie uns diesen Stand auch vor denjenigen unserer Standesgenossen in seiner Reinheit und Integrität schütze, welche durch Verbrechen seiner unwürdig geworden sind. Der Dieb, der Räuber und Betrüger bleiben bürgerlich, wie sie es waren; wir beklagen uns darüber nicht, weil diese bürgerliche Existenz ein werthloser und werthloser Schatten ist. Aus diesem Grunde aber gewinnt der des Adels Verlostige nichts durch seine Versetzung in den bürgerlichen Stand, keine Ehre, kein Recht und keinen Vorzug, sondern er verliert lediglich etwas, was ihn bis dahin auszeichnete. Soll der Staat wirklich, um das abenteuerliche Bedenken, daß der angebliche bürgerliche Stand in seiner Würde und seinem Werthe geschützt werden müsse, gründlich zu beseitigen, einen eigenen, außerhalb der bürgerlichen Sphäre stehenden rechtlosen Stand für adliche Verbrecher finden und schaffen, einen Stand, in welchem, da es doch einmal auf den um keinen Preis hinzugehenden Namen ankommt, die Personen nach Nummern oder bestimmten Farben bezeichnet werden? Der Verlust des Adels ist, so lange er als ein positiver Stand besteht, in der Kriminal-Gesetzgebung unumgänglich. Soll aber ein des Adels Verlostiger nicht den einfachen, unsubstantiellen bürgerlichen Namen erhalten können, so bleibt in Wahrheit kein Ausweg, als ihn mit einer Nummer oder ähnlichen unterscheidenden Merkmalen zu bezeichnen. Der Artikel der schlesischen Chronik schließt mit der sehr richtigen Bemerkung: „wie es aber irgend eine Gesetzgebung anfangen wollte, einen zum Verluste des Adels Verurtheilten auch jedesmal von der bürgerlichen Gesellschaft zu erimiren, möchten wir wohl sehen, wenn nicht etwa der character indelebilis sowohl des Adels als auch aller übrigen Stände und somit das indische Kastenthum in Vorschlag gebracht würde.“ Ja, nach der Errichtung indischer Kasten wird es sich von selbst verstehen, daß es auch bei Soldaten, Beamten ic. heißt: dieser Beamte hat ein Verbrechen begangen. Er muß zur Strafe des Beamtenthums Beamter bleiben. Wie kommen wir übrigen nicht charakterisirten Staatsangehörige dazu, ihn in unserer Sphäre aufzunehmen? Jeder Stand trage seine Lasten, wie er seine Tugenden trägt!

Inland.

Berlin, 21. März. Se. Maj. der König haben Allerhöchstdigst geruht, dem Wirkl. Geh. Rath v. Humboldt die Anlegung des von des Königs der Franzosen Majestät ihm verliehenen Großkreuzes des Ordens der Ehren-Legion zu gestatten. — Se. Maj. der König haben Allerhöchstdigst geruht: dem Schullehrer Ziehner zu Hohendorf im Kreise Torgau das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Angekommen: Se. Exc. der Gen.-Lieut., außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Königl. Sardin. Hofe, Graf v. Waldburg-Truchseß, von Turin. Der Gen.-Major und Comm. der 1sten Garde-Infanterie-Brigade, v. Werder, von Breslau.

○ Berlin, 21. März. (v. Bülow-Cummerow's Werk II. B.)* Desterreich befindet sich in dieser Beziehung in einem eigenthümlichen Verhältniß, dieses entspringt aus den so ganz von einander abweichenden Verfassungen der verschiedenen Bestandtheile des Kaiserreichs. In Ungarn und Siebenbürgen befinden sich die Stände im Besiß großer Vorrechte, welche die Macht der Regierung sehr beschränken; anders verhält es sich mit den

*) Vergl. Nr. 57, 61, 68 und 69 der Bresl. Ztg.

übrigen Provinzen, sowohl den italienischen als ehemaligen polnischen, die jeder Verfassung entbehren, anders wieder mit den zum deutschen Bund gehörigen. In letzteren bestehen ständische Verfassungen von Alters her, die wohl gegen früher eingengt sein mögen, an welchen aber nichts Wesentliches verändert worden ist. In diesen nun Neuerungen vorzunehmen, scheint Desterreich nicht geneigt. Deswegen aber folgt keinesweges, daß es unbetheiligt bei der Ordnung der Verfassungsfrage in Deutschland sei. Es würde, wie der Herr Verfasser sagt, die innere Ruhe und die Stabilität für bedroht halten, wenn eine nach dem Muster Frankreichs gebildete Repräsentativ-Verfassung in Deutschland feste Wurzel fassen und zu innerem Zwiespalt führen sollte, und es wird daher Alles aufbieten, es zu hindern. — Wenn sich Desterreich aber überzeugen wird, daß die Verfassung in den deutschen Staaten, namentlich in Preußen, nicht das monarchische Prinzip verliert, auch nicht in seinem Innern gedrängt zu werden befürchten darf, so läßt sich von seiner richtigen Politik erwarten, daß es zu einer Ordnung der Verhältnisse eher mitwirken, als sie hindern werde, die so wesentlich dazu beitragen kann, eine gewisse Festigkeit und Ruhe in Deutschland zu begründen. — Wesentlich verschieden von den Verhältnissen Desterreichs stellt Hr. v. B.-C. das von Preußen dar. Er meint, daß Hinderungsgründe, wie die oben erwähnten, bei uns gar nicht beständen. Der Verfasser bespricht dann umständlich die übrigen deutschen Stämme und die Verschiedenheiten, welche sie unter einander darbieten. Bei dieser Gelegenheit sagt Hr. v. B.-C. aber durchaus nichts Neues, da die Wirklichkeit und die Macht der bairischen, sächsischen, württembergischen, badischen ic. Stände unsern Lesern bekannt genug ist. Eine Uebereinstimmung der Verfassungen in Deutschland herbeizuführen, scheint dem Verfasser nicht so schwierig. Er findet ihn in der Bundesgesetzgebung und verlangt, daß von Seiten dieser erlauchten Versammlung in Frankfurt a. M. dahin gewirkt werden solle, daß 1) diejenigen Bundesglieder, welche dem Art. 13 der Bundesakte noch nicht genügt haben, aufgefordert werden, dies zu thun, jedoch mit Ausnahme von Desterreich; 2) daß diejenigen Fürsten, welche bei Ertheilung der Verfassung zu weit gegangen sein sollten, Deklarationen geben (?). Hr. v. B.-C. will, daß Fürsten und Herren, Prälaten und Bauern in einem Hause berathschlagen, wie es bei den Altvordern Sitte war, und will der deutschen Bundesversammlung das Recht geben, alle Beschwerden in Verfassungsangelegenheiten zu entscheiden, was übrigens schon im Art. 29 der Wiener Schlussakte bestimmt worden ist.

○ Berlin, 21. März. Am 23. oder 24. d. M. wird der Prinz von Preußen eine Reise nach Stettin antreten und die Provinz Pommern in seiner Eigenschaft als Statthalter des Königs zum ersten Male betreten. Wie man hört, wird die Anwesenheit des Prinzen dort einige Festlichkeiten veranlassen, worüber ich Ihnen vielleicht aus eigener Anschauung berichte. — Man versichert mich, daß nunmehr die neue Flagge der Zollvereinsstaaten, sowohl für See- als Flußschiffer, festgesetzt sein soll. Dieselbe wird oben weiß, unten schwarz sein und in der Mitte die Farbe des betreffenden Staates in sich schließen. Es ist dies ein neues, erfreuliches, äußeres Zeichen der freundschaftlichen Uebereinstimmung und des engen Aneinanderschließens der Regierungen, deren Einigkeit diesem mächtigen Verein allein Dauer gewähren kann. — Sehr viel Aufsehen macht die heute hier ausgegebene Broschüre von Julius, „die Vertheidigung der Leipziger Allgemeinen Zeitung“ betreffend, die allerdings eine Menge interessanter Angaben enthält, welche gewiß zu widerlegen sein werden. — In dieser Nacht wurden wir schon wieder durch Feuerlärm erschreckt. Es brannte eine unbewohnte, zum Glück jedoch versicherte Badeanstalt ab. Sonst nicht viel Neues, außer daß es seit drei Tagen empfindlich kalt ist und sich viele Brustkrankheiten herausgestellt haben. — Das Modell zur Breslauer Statue Friedrichs wird fleißig besucht und findet den enthusiastischsten Beifall, den ich diesem erhabenen Kunstwerk vorhergesagt.

* Berlin, 21. März. Ihre Majestäten haben den gestrigen Tag in Potsdam zugebracht, und sind bereits heute wieder nach der hiesigen Residenz zurückgekehrt, um morgen den Geburtstag des Prinzen von Preußen in unserer Mitte festlich zu begehen. — Gestern gab der hiesige russische Gesandte, Freiherr v. Weyendorff, ein glänzendes Diner, wozu das diplomatische Corps

und noch viele andere aus der Haute volée geladen waren. Man bemerkte daselbst auch die renommiertesten Gelehrten und Künstler, mit denen Herr v. Meyendorff besonders gern umzugehen pflegt. — Die hiesigen Bankiers geben sich der Hoffnung hin, daß die Aktien-Zeichnungen zur Berlin-Hamburger Eisenbahn deshalb jetzt bis auf weitere Mittheilung suspendirt worden sind, weil wahrscheinlich die Seehandlung eine große Summe unterzeichnen wird. Geht dies in Erfüllung, so dürfte das Unternehmen einen sehr raschen Fortgang haben.

Der Bau des Kroll'schen Wintergartens hat nun auf dem Exercierplatz vor dem Brandenburger Thore begonnen, und soll schon im nächsten Jahre vollendet werden. Wie verlautet, hätte Se. Maj. der König bewilligt, zur glänzenden Ausführung dieses Gebäudes dem Unternehmer eine namhafte Summe vorzuschießen. — In den höheren Ständen finden Theateraufführungen immer mehr Beifall, so daß bei Hofe bereits unter Leitung des Grafen Emmo von Schaffgotsch wieder ein deutsches Lustspiel, so wie Scribe's naïv-komische und elegante Komödie „La demoiselle à marier“ einführt werden.

Heute Vormittag um 10 Uhr bewegte sich der große Leichenzug unsers berühmten Seydelmann die Friedrichstraße entlang nach dem katholischen Gottesacker vor dem Danienburger Thore. — Während wir fast den ganzen Winter hindurch eine Temperatur von 2—6° Wärme hatten, hat uns der Frühling mehrere Grade Kälte gebracht, die um so empfindlicher sind, weil zugleich ein rauher Nordwind herrscht.

In der hier coustrenden Liste von den jetzt erfolgten Verabschiedungen der Offiziere in unserer Armee stehen bis auf die Lieutenants vorläufig folgende bezeichnet: Den Abschied als General-Lieutenants haben genommen: die General-Majors v. Fröhlich u. v. Rheinbaben. Ferner haben den Abschied erhalten: die General-Majors v. Lukowiz in Danzig, v. Peteri, Kommandant in Spandau und der Graf v. Hülsen in Danzig. Außerdem sind verabschiedet: Oberst Desfeld, Dirigent des trigonometrischen Bureau's, Major v. Zastrow, im Regiment Garde du Corps, der Rittmeister Breithaupt vom 3ten Kürassier-Regiment, die Hauptmänner v. Reizenstein und Wegelin im Ingenieur-Corps und v. Warnsdorf, Plazmajor in Köln. Zur Disposition gestellt sind: Oberst v. Prikelowiz, Kommandeur des 26. Infanterie-Regiments, die Oberst-Lieutenants v. Egloff im 1sten Husaren-Regiments, Künzel, vom 12. Infanterie-Regiments, so wie Giese, vom Ingenieur-Corps; die Majors von Woyna vom 12ten, v. Linsinger im 15ten, von Forstner, im 25. Infanterie-Regiment, von der Holz im 27. Landwehr-Regim., v. Bonin im 5ten Husaren-Regim., v. Herzberg, vom 5ten Inf.-Regiment; die Hauptmänner: Wittke, vom 4ten, Nolte, vom 10ten, v. Forstner im 18ten, v. Schlichting, im 19ten, v. Ebert, im 20sten, Albrecht und Sabarth, im 38sten Inf.-Regiment, der Rittmeister von Altenein, vom 6ten Husaren-Regiment, der Hauptmann Bauer, vom Ingenieur-Corps und der Rittmeister Schauinsland, vom 6ten Ulanen-Regiment. Alle Genannten haben bei ihrem Abschiede eine Charakter-Erhöhung erhalten. Ohne Erhöhung des Charakters sind noch folgende Offiziere aus der Armee entlassen: der Hauptmann Moliere, vom 12. Infan.-Regim., der Plaz-Major Schröder, die Hauptmänner Kuneck von der 2ten, Ziegner von der 3ten und Koch von der 4ten Artillerie-Brigade; ferner der Hauptm. v. Paczinsky, im Ingenieur-Corps und der Hauptmann Weyler vom 29sten Inf.-Regiment. Wie verlautet, sollen außer diesen nachträglich noch mehr Verabschiedungen erfolgt sein.

Der Geheimrath v. Schelling empfing am 19ten d. eine Deputation von Gelehrten und Künstlern, bestehend aus den Herren Steffens, Twesten, Kopisch, v. Klüber und Pfeuffer, und ward von dem ersten der Genannten im Namen vieler Freunde und Verehrer, die, nicht mehr der studirenden Jugend angehörend, den Vorlesungen über Philosophie der Offenbarung beigezogen, mit herzlicher Anrede begrüßt, worauf die Uebersetzung der ihm zu Ehren geschlagenen Denkmünze, so wie des sie begleitenden Schreibens, stattfand. Bei den Unterschriften, deren Zahl fünfzig übersteigt, befinden sich nebst den obengenannten unter Anderen auch die Herren v. Savigny, Rühle v. Lilienstern, v. Dlfers, Strauß, Neander, Lichtenstein, P. v. Cornelius, Karl Ritter u. s. w. Die Denkmünze zeigt die Schelling'sche Philosophie, verständlich in einer über drei Stufen thronenden Frauengestalt. Ihre Rechte hält das aufgeschlagene Evangelium, dem ihr Blick zugekehrt ist, auf ihrem Knie, während ihre Linke die mosaikischen Tafeln an die Bildsäule der Diana von Ephesus zurücklehnt, damit anzudeuten, daß sie Natur, Heidenthum und Judenthum durchforscht hat und sich zu Betrachtung der christlichen Offenbarung gewendet. (St. Z.)

Petitionen, welche auf Deffentlichkeit und Mündlichkeit des Rechtsverfahrens und Freiheit der Presse lauten, sind fast bei sämmtlichen ständischen Versammlungen eingegangen. Die Petition der Stadt Stettin, welche der angesehenste Theil der Bürger und Kaufmannschaft unterzeichnet hat, ist ein schöner Beweis, wie belebend die freisinnige Anregung

gewirkt hat, welche unser erhabener König dem Lande gewährte. Nein, die alte Zeit ist vorübergegangen für immer und wird nicht wiederkehren, wie sehr auch eine kleine, von allem wahren Fortschritt sich abwendende Partei danach seufzen mag. Man wundert sich hier, daß, während die preussischen, pommer'schen und schlesischen Zeitungen die vorzüglichsten Petitionen mittheilen, die Tagesblätter Berlins ganz schweigen und den versammelten Landtag, wie die Wünsche des Landes, unberücksichtigt lassen. Man klagt allerdings über die zunehmende Schärfe der Censur, jedenfalls aber wohl unbegründet, da in den Provinzen doch die Beschränkung nicht sichtbar auffällt, und der Wille Sr. Majestät zu klar ausgesprochen ist: „jeder mit Würde und Bescheidenheit ausgesprochenen Meinung die nöthige Freiheit nicht zu behindern.“ Wahr ist es aber allerdings, daß der hiesigen „Vossischen Zeitung“ eine Reihe von Artikeln gestrichen worden sind, die vor wenigen Monaten noch keinerlei Anstoß erregt haben würden; aber die Schuld liegt an der Aengstlichkeit, welche die neue Instruktion erregt zu haben scheint. Ankündigungen von Caricaturen sollen nicht mehr zugelassen werden, bevor dem Censor ein Exemplar der Caricatur vorgelegt worden ist. Die Caricaturen werden unsere Censoren jedoch wohl so bald nicht in Verlegenheit setzen, sie sind größtentheils schon jetzt verschwunden; eine Caricatur mit Censur ist überhaupt ein Widerspruch. (Köln. Z.)

Man sprach hier in den höheren Kreisen viel davon, daß die sehr bemerkbar seit einigen Wochen in einigen Landestheilen, namentlich in dem schlesischen Gebirge, in Folge der Mißernte der Kartoffeln, als des Hauptnahrungsmittels einerseits, und in Folge d. s. niedergedrückten Betriebes der Hauptbeschäftigung, der Weberei und Spinnerei, andererseits, sehr bemerkbar eingetretene Noth, Veranlassung zu Anträgen von Seiten der Abgeordneten aus jenen Gegenden geben würde, um jenem, zum innigsten Mitleid auffordernden Verhältnisse nach Möglichkeit abzuhelpen, oder doch wenigstens für den Augenblick entgegenzutreten. Mit ähnlichen Maaßregeln, wie unser Nachbarstaat Oesterreich den hart bedrängten Bewohnern des böhmischen Erzgebirges unter gleichen Verhältnissen zu Hülfe kommt, dürfte vielleicht Tausenden von Familien Trost und Rettung gebracht werden. Uebrigens ist auch in unserer Hauptstadt seit einigen Wochen schon bei vielen Gegenständen, die zu den unentbehrlichsten Bedürfnissen gehören, eine Steigerung des Preises eingetreten, die für die weniger Bemittelten schon empfindlich genug ist, für die Armen aber ein Gegenstand großer Besorgnis wird. Namentlich sind auch die Fleischpreise auf eine Höhe gestiegen, die sie selbst bei der großen Consumtion hier selten erreichen, und die zum Theil auch als arbiträr erkannt werden. (H. E.)

Deutschland.

München, 16. März. Die verschiedenen Gerüchte über die angeblich von dem Eigentümer der Allgemeinen Zeitung beschlossene Uebersiedelung dieses Blattes von Augsburg entweder nach Stuttgart oder nach Frankfurt werden sich nun wohl nach und nach verlieren; denn die Suspension dieser äußersten Maßregel ist, soviel man wenigstens hier aus bester Quelle vernimmt, neuerdings definitiv ausgesprochen worden. Folgerecht darf man daher wohl auch annehmen, daß die Redaktion der Allgemeinen Zeitung solche Zusicherungen werde erhalten haben, aus welchen sie die Hoffnung schöpfen kann, sich künftig von der Censur in ihren Bewegungen weniger gehemmt zu sehen, als es in diesem Augenblick noch immer der Fall ist. Das Gerücht übrigens, Regierungsrath Lust sei der Censurverbindlichkeiten, die er so streng geübt, bereits wieder entbunden worden, muß als ein durchaus voreiliges bezeichnet werden. (Frankf. Journ.)

Oesterreich.

Wien, 20. März. (Mertzliches Bulletin.) Am 19. März, um 9 Uhr früh. Der gestrige Tag verlief ohne Störung, die Nacht war ruhig, der Schmerz im Knie hat sich vermindert, und der ganze Zustand des durchlauchtigsten Erzherzogs Franz Carl ist auch heute den Wünschen entsprechend. Freiherr von Lürckheim m. p. Dr. Zangerl m. p.

Rußland.

Warschau, 20. März. Die Gerüchte von Veränderung höherer Beamten sind mit dem Carneval gänzlich verschwunden, und es scheint, daß sie bloß zu dessen

Unterhaltung erfunden worden waren und man sich unter den Buzübungen der Fasten auch die aufgelegt haben: weniger Unwahrheiten im Publikum zu verbreiten. Zu jener Aufheiterung wird jetzt das von G. opius gemalte Diorama von einem Hrn. Tröster gezeigt. — Noch immer finden Begnadigungen der bei der Revolution ausgetretenen Polen und Aufhebung der Confiscation ihrer Güter statt. So wurde erst kürzlich die von Agaton Rasewicz angezeigt, welcher, auf die Gnade Seines Kaisers vertrauend, zurückgekehrt, und sich der Ueber ihn zu verhängenden Strafe unbedingt unterworfen hat. — Auf Befehl des Kaisers ist bei den sich angehäuften Criminalsachen zur Erleichterung des 9ten Departements noch eine interimistische Abtheilung eingesetzt worden, die aus einem Senator-Präsidenten und den andern zu ernennenden Mitgliedern des Senats bestehen wird. — Den von Gummi-Elastikum mit Beimischung von Seide und Baumwolle und andern Stoffen im Königreiche Polen verfertigten Waaren ist die Einfuhr in das eigentliche Russ. Kaiserreich mit einem Zoll von 6% verstatet worden. — Der höchste Gewinn von den verlosteten 300 Fl. Part. Obligationen ist mit 210,000 auf Nr. 78,721 gefallen. — Wenn im vorigen Jahre d. jenigen Russ. Tuchfabriken, welche Waaren für den chinesischn Handel verfertigten, so wenig beschäftigt waren, daß mehrere sich auf die Anfertigung Anderer legen mußten, so sind sie dieses Jahr mit Bestellungen überhäuft, und es sind von ihnen viele Arbeiter aus unserm Lande berufen worden, was man als ein Glück ansehen kann, da unsere Tuchfabriken so wie auch die Baumwollfabriken sich in einer höchst gedrückten Lage befinden. Vergeblich bieten viele ihre Waare mit einem Abschlage von 30% aus, ohne dennoch Absatz finden zu können. Es heißt, daß die Regierung Kommissarien nach den Fabriken senden werde, um den Grund der außerordentlichen Stockung zu untersuchen, um Mittel zu deren Abhülfe aufzufinden und vorzuschlagen. — Das Verzeichniß der gezogenen 1sten, 2ten und 3ten Serie der Staatsobligationen ist durch die Poln. Bank bekannt gemacht worden. Die von dieser seiner Zeit zur Zahlung präsentirten 1sten Serie muß mit 23, die 2te mit 31 und die 3te mit 34 Coupons versehen sein. — Nachrichten aus Petersburg melden die Ankunft unseres ehemaligen dahin versetzten Erzbischofs Antoni. — Man schmeichelt sich, Kubini auf seiner Reise aus Petersburg hier zu sehen. — Die Schwierigkeit Disconto und Geld zu finden drückt unsere Pfandbriefe herab. Der letzte für neue war 98 5/15%. — Fortdauernd haben wir rauhe Witterung, und der dabei beständig stattfindende Wechsel von ziemlich starken Frösten, Tauwetter, Sonnenschein, Schnee und Regen bedroht die Baumfrüchte sehr ernstlich. — Die Marktpreise des Getreides waren für den Korzß Weizen 17 12/15 Fl., Roggen 9 6/15 Fl., Gerste 10 9/15 Fl., Hafer 7 6/15 Fl., Erbsen 8 12/15 Fl., Bohnen 24 1/2 Fl., Kartoffeln 4 Fl. Der Gairij Spiritus ward mit 1 6/15 Fl. unverseuert bezahlt.

Freie Stadt Krakau.

Krakau, 16. März. Vorgestern starb hier der ehemalige Senator, Wojewode des Königreichs Polen, Graf Stanislaus Wodzicki, der zur Zeit des Herzogthums Warschau Präsekt des Krakauer Departements, und dann fünfzehn Jahre lang Präsekt der freien Stadt Krakau war, im 80sten Jahre seines Alters. Der Verstorbene gehörte auch vielen gelehrten Gesellschaften an und hat mehrere botanische Werke geschrieben.

Frankreich.

Paris, 17. März. Nachdem gestern in der Deputirtenkammer bei Abgang der Post der erste und wichtigste Gesetzesabschnitt des die Eisenbahn von Bordeaux nach Teste betreffenden Entwurfes angenommen worden, indem das Centrum im Verein mit der äußersten Linken dafür gestimmt hatte, wurde ein Zusatzartikel vorgeschlagen, aber nicht angenommen. Der zweite Artikel hinsichtlich der zu bestimmenden 3 pSt. Interessen und der Rückzahlung mit jährlich 1 pSt. Tilgungsfonds ging ohne Weiteres durch. Der dritte Artikel, mit einer von der Kommission angebrachten Verbesserung, worin bestimmt wird, daß das ganze Material und dessen Benutzung, so wie aller mögliche Gewinnst, der Gesellschaft überlassen bleibe, und daß, bevor der Staat für seinen Vorschuß 3 pSt. Interessen erhalte, die Aktionäre zuvor 4 pSt. Zinsen genießen, erregt großes Aufsehen und Aergerniß. Herr Dillon-Barrot konnte sich nicht enthalten, seine Meinung etwas derb darüber auszusprechen. Viele Glieder der Linken waren derselben Ansicht. Hr. Combarel entwickelt ein Amendement, welchem zufolge der Staat zuerst die ihm gebührenden 3 pSt. Zinsen genießen soll. Der Minister des Innern bekämpft dasselbe. Hr. Dillon-Barrot meint, die Regierung hätte kein Recht freigebig zu sein. (Eine Stimme: Dasselbe ist für die Bahn von Straßburg geschehen!) Herr Dupin sagt, daß durch den ersten

(Fortsetzung in der Beilage.)

(Fortsetzung.)

Artikel ein Darlehen, aber nicht eine Schenkung von der Kammer votirt worden sei. Werde der dritte Artikel angenommen, so wolle das so viel heißen, als der Schuldner will vor dem Gläubiger bezahlt sein. Man erkläre daher frei heraus, wir machen ein Geschenk von zwei Millionen. Durch das vorliegende Projekt werde abermals ein schlimmes Exempel statuiert, er stimme daher gegen den Entwurf. Der Minister des Innern besiegelt noch einmal die Rednerbühne, und sucht die durch die Worte des Hrn. Dupin hervorgebrachte Wirkung zu schwächen. Der Berichterstatter des Gesetzentwurfes bekämpft ebenfalls das Amendement. Der Präsident läßt zuerst über dasselbe abstimmen. Es wird mit einer schwachen Mehrheit angenommen. (Lebhafte Sensation). Mehrere Stimmen: Das heißt, das ganze Gesetz wird verworfen. Der dritte Artikel wird demnach mit der erwähnten Aenderung gutgeheißen, so wie die 5 anderen, bloß das Geschäftsverfahren betreffende Abschnitte. Man schreitet zur geheimen Abstimmung: Anwesende Deputirte 330, absolute Majorität 166; weiße Kugeln 164, schwarze 166. Der Entwurf wird daher mit einer Mehrheit von 2 Stimmen verworfen. (Langes Aufsehen.) Mehre Glieder der Linken rufen Bravo aus. Heute ist keine öffentliche Sitzung. — Die Pairskammer hat heute Sitzung gehalten und verschiedene Berichte angehört. Auch wurde die Lobrede auf den verstorbenen Baron Saint Cyr Ruygues, der am 25. Juli 1842 der Kammer entrissen worden, gehalten. — Der Entwurf über die den Verunglückten auf Guadeloupe zu gewährende Unterstützung v. 2,500,000 Frs. wird mit 118 weißen gegen 2 schwarze Kugeln angenommen. Montag beginnen die Debatten über das Projekt hinsichtlich der geheimen Ausgaben. Hr. Rossi trägt auf unbedingte Annahme an. — Die gestrige Abstimmung der Deputirten wurde heute allgemein besprochen. Die Oppositionspartei Odillon-Barrot sieht darin nur den Anfang eines dem Kabinet Gefahr drohenden Widerstandes. Es ist stets darum zu thun, das Ministerium unmöglich zu machen. Für den Antrag des Herrn Duvergier de Lauranne sind einstweilen acht Redner und dagegen zwei eingeschrieben. Der Vorschlag des Herrn von Sade findet vor der Hand neun Vertheidiger und fünf Widersacher, worunter Herr von Lamartine der wichtigste. — Es heißt, der Herzog von Broglie werde den Prinzen von Sachsen-Koburg an der Grenze abholen. — Es werden dieses Jahr auf die Feier des 1. Mai große Zubereitungen gemacht.

Spanien.

Man schreibt aus Madrid, vom 11. März: Es sind Befehle abgegangen, zum 3. April, als an welchem Tage die Cortes eröffnet werden, Truppen in die Nähe der Hauptstadt vorrücken zu lassen. Die Wahlen scheinen im Ganzen nicht günstig für die Regierung ausgefallen zu sein. Bei einem Kabinettskonseil, das im Palast des Regenten gehalten wurde, haben die meisten Minister davon gesprochen, sie würden ihre Demission nehmen.

Schweiz.

Nargau. Von Baden meldet man: Hr. Georg Herwegh habe sich daselbst am 13. März mit seiner Braut, Fräulein Sigmund von Berlin, durch den Hrn. Pfarrer Locher kirchlich trauen lassen. Er hat von der Regierung Nargau's die Aufenthaltbewilligung für ein Vierteljahr erhalten. Er gedenkt jedoch seine Reise ins südliche Frankreich bald anzutreten.

Amerika.

Der Kapitän der Brigg „William Nelson“ welcher am 18. Februar von Port au Prince, das er am 2. Febr. verlassen hatte, zu New-York angekommen war, meldet nämlich, daß in dem Augenblicke, wo er von Port au Prince ab unter Segel ging, von Cayes ein Expresser dort angekommen war, welcher die Nachricht überbracht hatte, daß eine Insurrektion in dem südlichen Theile der Insel ausgebrochen war, und daß die Beunruhigung, welche diese Revolution unter dem Handelsstande verursacht hatte, die auf der Rhebe befindlichen Schiffe gehindert hatte, ihre Ladungen auszuladen. Die Insurrektion ist gegen die Regierung des Präsidenten Boyer gerichtet, aber die am meisten verbreitete Meinung war, daß Boyer über dieselbe triumphiren werde, wie über alle ihre Vorgängerinnen.

lokales und Provinzielles.

Bücherschau.

Schlesische Original-Mittheilungen über Berg- und Hüttenbau. Unter diesem besondern Titel ist in diesem Monat, im Verlage von Ferdinand Hirt in Breslau, eine Sammlung von recht interessanten technischen Aufsätzen erschienen, deren theilweiser Abdruck bereits als Gratis-

Beilagen zum „Oberschlesischen Allgemeinen Anzeiger“ im Laufe des Jahres 1842 erfolgte.

Wir haben diesem besondern Abdruck aber um so mehr Dank zu wissen, als unsere für den Berg- und Hüttenbau so wichtige Provinz seit einer langen Reihe von Jahren jedes selbstständige Organ in dieser wichtigen Beziehung vermißte, und wir voraussetzten, daß dies Erscheinen den vielen dabei betheiligten Hüttenbesitzern und Beamten eine recht sehr willkommene Gabe sein wird, so wollen und können wir andererseits dabei den Wunsch nicht unterdrücken, dies jedenfalls belehrende und zeitgemäße Unternehmen auch recht bald durch eine fernere Folgereihe fester begründet und somit der Provinz erhalten zu sehen.

Es ist uns an dieser Stelle nicht gestattet, den ausgewählten Inhalt hier speziell durchzugehen, doch können wir uns nicht versagen, wenigstens im Allgemeinen die Versicherung zu geben, daß recht viel zu Beherzigendes und Belehrendes darin gegeben ist, welches zunächst im alleinigen Interesse unseres provinziellen Gewerbes anregend und recht sehr beachtenswerth erscheint.

Das Werkchen ist von Seiten der Verlags-Handlung sauber ausgestattet und in Quart gedruckt, leider aber mit vielen Druckfehlern versehen, welche zwar theilweise angegeben, immer aber das Lesen erschweren; es faßt 66 Seiten Text in sich und kostet nur 22 1/2 Sgr. M.

Theater.

Der Feensee. Große romantische Oper mit Ballet in 5 Aufzügen von Scribe und Melesville. Musik von Auber.

Der Feensee ist dem Schicksal, welches seit langer Zeit die Thätigkeit unserer Bühne hemmte und lähmte, nicht entronnen. Nach zwei Aufführungen verlor er sich vom Repertoire und erschien erst am 22sten d. M., nach der Genesung des Hrn. Ditt, der unterdessen die romantische Rolle des Studiosen Albert mit der sehr profaischen eines Patienten vertauscht hatte, wieder. Man kann denken, vor wem ein dichtgedrängtes Publikum! Die noch unbefriedigte Neugier des größten Theiles unseres städtischen Publikums wetteiferte mit der Kunstlosigkeit der chevaleresken Blüthe der Provinz, welche zur feierlichen Gelegenheit des Tages aus Nah und Fern in die Stadt gekommen war und sich unter keinen Bedingungen am Abend die Rivalin der Geisterbraut entgegen lassen mochte.

Aus unserm, früher gegebenen detaillirten Berichte über den Inhalt der Oper geht hervor, wie eifrig sich die Autoren des Textes bemüht haben, die Handlung auf einen glänzenden Hintergrund zu stellen, durch den Pomp von Aufzügen, Dekorationen und überraschenden Maschinenereien zu imponiren. Hierzu bot das mächtigste Fundament der Oper die Hand, und wo es nicht ausreicht schien, um das Auge zu fesseln, mußte das phantastische Deutschland, der Schauplatz der Handlung, aushelfen, seine Waldgebirge, seine feudalen Ritter, welche hoch zu Pferde, von einem reichen Jagdgefolge und ihren Meuten begleitet, nahen, vor Allem sein prächtiges Köln mit dem alterthümlichen heiligen drei Königszuge, dessen religiös-christlicher Grundcharakter von den burlesken Gestalten des Heidenthums malerisch schattirt wird. Für diese Seite der Oper — ihre wichtigste — ist viel geschehen. Hr. Gropius in Berlin hat die schöne Ansicht des Feensees im ersten Akte, die geheimnißvolle, von Felsenhöhen eingeschlossene Wasserfläche, welche die Feen am Mittag aufsuchen, den Kölner Marktplatz im dritten Akt mit der Fernansicht auf den erhabenen Dom, so wie die ganze Dekoration des fünften Aktes geliefert, welcher in dem größeren Theile desselben die allein thätige Partie zugefallen ist. Hier finden wir die Feen in ihrer lustigen Heimath, dem Palast der Königin, der sich in den hellen Wolkenfichten wie aus Edelsteinen zusammengesetzt durchsichtig erhebt, hier müssen wir mit Zeila zugleich aus den Wolken zur Erde niederschweben bis zum Zimmer Alberts, dem Ziele ihres Fluges, bei welchem ihr mit uns zuerst die weite Fläche der Erde, dann die lachenden Fluren des Rheines, die Burgen auf den Bergspitzen, endlich das stolze Köln am Ufer des leuchtenden Stromes erscheinen. Und diese großartige Illusion, der wir uns hingeben sollen, bleibt uns nicht fern, so viele Kunst ist auf das sich allmählig entwickelnde Panorama in Malerei und Maschinenerei verwendet! Hr. Decorateur Pape hat selbst nur das neue gothische Zimmer im dritten Akt, eine, wie alle seine Arbeiten durch ächt künstlerisch-charakteristische Auffassung und geschmackvolle Ausführung ausgezeichnete Dekoration, geliefert; ihm aber gebührt das Verdienst, die gesammte Scenerie, so viel immer das Auge durch eine treffliche Anordnung, durch eine geschickte Beleuchtung und die vereinte Wirksamkeit des äußeren Scheines und verborgener Hebel besitzt, eingerichtet zu haben. Von der anderen Seite hatte Hr. Kottmayer Gelegenheit, sein

vielgerühmtes und stets lebhaft anerkanntes Talent der Regie neuerdings darzuthun. Es will etwas bedeuten, aus diesen Massen von Personen immer ein gefälliges und zierliches Bild zu formiren, in Gruppierungen und Zügen immer neue Combinationen aufzufinden, welche sich der Handlung getreu anschmiegen, ohne den ihren Hauptrepräsentanten anvertrauten Effekt zu beeinträchtigen! Hierzu ist eine reiche Phantasie und ein sicheres Verständniß der kleinsten Nuancen des Werkes nothwendig. Von beiden Eigenschaften gibt auch die Regie des Feensees Zeugniß. Nur glauben wir, daß sich im ersten Akte die Feen nicht in tanzenden Gruppen bewegen, sondern im See baden müssen. Zeila darf den zauberischen Schleier nur dann ablegen, wenn sie in die Wellen des Sees steigt. So will es das Märchen, so der Zusammenhang der Scene. — Wir haben das Sujet und die Ausstattung der Oper eher behandelt, als die Musik. Der Componist hat auch sehr wahrscheinlich nur zur Ausstattung eine Musik fügen wollen, eine dünne, schwächliche, saloppe Musik, so gut, wie sie ein hochbegabtes Talent in einer müßigen Stunde ohne Lust und Drang, von der Nothwendigkeit geleitet, einer Verpflichtung nachzukommen, hinwirft. Mit Ausnahme einiger Nummern, in welchen sich der Auber'sche Geist zusammengerafft und auf Motive und Melodien wenigstens einigen Fleiß verwendet hat, zieht sich die Oper träge und monoton in die Länge und Breite; ein kleinlicher, spielender Charakter geht durch und durch; nur selten erfreut uns jene Eleganz des Stiles, welche so viele andere Werke des Componisten im selben Genre auszeichnet. Dabei aber ist den beiden Hauptpartien keine geringe Anstrengung zugemuthet, Zeila sowohl als Albert. Dlle. Hedwig Schulze führte uns Zeila, wie am Sonntag den 19ten d. M. die Madeleine im „Postillon von Lonjumeau“ (der Gast Hr. Bielozizky litt hierin als Chapelou und als Gustav im „Maskenball“ an einer unüberwindlichen Heiserkeit) mit einem sehr schätzenswerthen dramatischen Leben und Ausdruck vor. Dlle. Schulze weiß Gesang und Spiel mit so musterhafter Feinheit zu nuanciren, daß wir in jedem Augenblicke einem neuen Effekt begegnen, er ziehe uns durch ein hohes Pathos oder durch eine anmuthige Schalkhaftigkeit, aus welcher stets die holde Grazie lächelt, an. Jenes und diese läßt Dlle. Schulze in der Rolle der Zeila in trefflichen Abstufungen und Uebergängen erscheinen. Hr. Ditt, dessen schöne Mittel immer größere Erfolge gewinnen, seitdem er sie, was namentlich seit der Partie des Raoul in den Hugenotten geschieht, mit Freiheit und vollem Vertrauen gebraucht, besitzt die zur Rolle Alberts nöthige ausdauernde Kraft. Alberts Charakter ist eigentlich die personifizierte Mittelmäßigkeit, und es gehört viel ansprechende Gemüthlichkeit dazu, ihm bei dem Zuschauer Interesse einzufloßen, wie es Hr. Ditt im Allgemeinen gelang. Die kleineren, spärlich bedachten Partieen der Wirthin Margarethe und des Grafen Rudolph befördern, in den Händen der Mad. Meyer, die in der Scene mit Zeila (2. Akt) charmant spielt, und des Hrn. Prawit das gelungene Ensemble, welches auch von den Chören mit Präzision wahrgenommen wird. Die Oper hat bei allen drei Vorstellungen großen Beifall gefunden, mochte dabei immer auch Hand und Mund von den Augen bestimmt worden sein. Dlle. Hedwig Schulze, Hr. Ditt, Hr. Kottmayer und Hr. Pape wurden an den verschiedenen Abenden mehr und weniger einstimmig gerufen. L. S.

Mannigfaltiges.

Ueber Seydelmanns Leichenbegängniß, welches am 21sten d. stattfand, berichtet die Berliner Zeitung: Die Achtung, Werthschätzung und Theilnahme, welche dem Verstorbenen im Leben mit so vollem Rechte von seinen Kunstgenossen und den Männern der Wissenschaft und Kunst zu Theil geworden, betheiligte sich auch bei dem letzten Liebesdienste, welcher dem heimgegangenen Künstler wurde. Darum hatten sich zur Bezeugung der letzten Ehre nicht nur die Mitglieder des königlichen Schauspiels, denen der Verewigte zunächst stand, sondern auch die Mitglieder der königlichen Oper, der Kapelle, des Ballets, des französischen Theaters und der königstädtischen Bühne eingefunden. Außer diesen Genossen des Verstorbenen nennen wir von den im Trauerhause Erschienenen: Sr. Exc. den General-Intendanten der Hofmusik, Gr. v. Redern, unter dessen Verwaltung Seydelmann unserer Bühne gewonnen wurde, den General-Intendanten der k. Schauspiele, v. Küstner, den Intendanten der groß. mecklenb. Hofbühne v. Dachroden, den Gen.-Musikdirektor Meyerbeer, den Prof. Rauch, den Geh. R.-Rath Dr. Tölken u. A. m. Gegen 10 1/2 Uhr setzte sich der von vier Pferden gezogene Leichenwagen, unter Vortritt eines Musikchors, vom Trauerhause (in der Krausenstraße) nach dem katholischen Kirchhofe (in der Liefenstraße), von einer

sehr ansehnlichen Wagenreihe (über 60) gefolgt, in Bewegung. Auf dem Gottesacker wurde der einfache, nur mit Fior ummündene schwarze Sarg, auf dem ein Lorbeerkranz und Seydelmanns letzte Rolle (Wellenberg in Jfflands „Advokaten“), in der er am 9. Jan. d. J. hier aufgetreten, befestigt waren, zur offenen Gruft getragen, wo ihn die 4. Chorwächter mit dem Choral „Jesus meine Zuversicht“ empfingen.

— Aus der rühmlichst bekannten Medaillen-Münze von Loos ist soden wieder ein allerliebtes Produkt der zu so hoher Vollendung gediehenen Kunst erschienen: es ist eine Denkmünze, welche die ökonomische patriotische Societät der Fürstenthümer Schweidnitz und Jauer hat prägen lassen, um solche als ehrende Anerkennung des Verdienstes auszuteilen.

und hinter dessen Schritten Blumen entsprießen; die Rehrseite aber enthält die Inschrift: „Die ökonomische patriotische Societät der Fürstenthümer Schweidnitz und Jauer achtungsvoll dem anerkannten Verdienste.“ Die Ausführung ist, wie sie nicht anders erwarten ließ, die befriedigendste.

— Einem Briefe des Prof. Liebig in Gießen zufolge beabsichtigt derselbe nicht, Gießen zu verlassen, wodurch sich die zuerst von dem Edinburgher Blatte „the Scotsman“ gegebene und dann in mehrere deutsche Zeitungen übergegangene Nachricht, daß Prof. Liebig die Professur der Chemie in Edinburgh — die einträglichste Stelle dieser Art wahrscheinlich in Europa — übernehmen würde, als ungegründet erweist.

Die Spen. Stg. enthält zwei Theaterberichte aus Paris, welche im direkten Widerspruche stehen. Im erste heißt es: Paris, 16. März: Die große Stunde der Oper hat endlich geschlagen; — nach einer Pause von anderthalb Jahren ist wieder einmal eine große neue Oper vom Stapel gelaufen; — Halévy's Carl VI. ist den 15ten dies. Abends von 7 Uhr bis 1 Uhr Morgens gegeben worden.

die letzten zwei Akte auf einem Sperrfisse für einen Franc sehen. — Die Sänger thaten ihr Möglichstes, um diese Hieroglyphen-Partitur dem Publikum verständlich zu machen, vergebens! Das Publikum will Melodie, Harmonie, Musik, — aber keinen gelehrten, oft auch nur bizarr gesuchten Lärm. Mit kurzen deutschen Worten also: Carl VI. ist durchgefallen, keine prächtvolle Ausstattung, keine Quarantaine-Absperrung des gesunden Publikums, noch die verzweifeltsten Anstrengungen der Claqueurs und Freunde können ihn nunmehr retten. — Die andere Correspondenz lautet: „Karl VI. hat die Hoffnungen erfüllt, welche das schöne Talent des Verfassers der „Jüdin“ und der „Königin von Eppern“ erregt hatte.

— Bei der neulichen Debatte über das Strafgesetzbuch in der württembergischen Ständeversammlung führte ein Abgeordneter als Beweis gegen die Deffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens den Proceß des Herzogs von Enghien an, der ebenfalls von einem öffentlichen (!) und mündlichen (!) Militärgericht abgeurtheilt worden sei.

— Herr Karl Bailleul, der viele Schriften über die Revolutions-Geschichte herausgegeben, ist zu Paris in einem Alter von 80 Jahren gestorben. Er war Mitglied des Konvents und des Tribunals.

Redaktion: E. v. Baerst und H. Barth. Verlag und Druck von Graf, Barth u. Comp.

Theater-Repertoire. Freitag: „Der Barbier von Sevilla.“

Sonnabend, zum Aten Male: „Der Feenfee.“ Große romantische Oper mit Ballet in 5 Aufzügen von Scribe und Melesville, übersetzt von J. E. Grünbaum.

Freitag: „Der Barbier von Sevilla.“

Sonntag, zum Aten Male: „Die Brautfahrt“ oder „Kunz von der Rose.“

Entbindungs-Anzeige

Die heute früh erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Amalie, gebornen Kuth, von einem gesunden Mädchen, beehre ich mich, in Stelle besonderer Meldung, ganz ergebenst anzuzeigen.

Todes-Anzeige

Den heute früh um 11 3/4 Uhr nach mehrmonatlichen namenlosen Leiden erfolgten sanften Tod unserer geliebten Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, der verwittweten Inspektors Hertwig, geb. Fieweger, in dem Alter von 71 Jahren, zeigt, zur stillen Theilnahme, tief betrübt Verwandten und Freunden ergebenst an:

Todes-Anzeige

Den heute Nachmittag um 3 Uhr an Altersschwäche erfolgten Tod seiner innigst geliebten Mutter, zeigt zur stillen Theilnahme seinen Freunden ergebenst an:

Der Text für die Sonnavends den 25. März, früh halb 9 Uhr, in der Trinitatis-Kirche (Schweidnitzer Straße) zu haltende alttestamentliche Predigt ist Sef. 59, 20.

Mühlen-Verkauf.

Eine zweigängige Wassermühle, 2 Meilen von Breslau, welche im besten Bauzustande ist, das ganze Jahr Wasser hat, so wie 70 Morgen guten Acker und 5 Morgen Wiesen, 6 Stück Rindvieh und 2 Pferde, ist sehr billig wegen Familienverhältnissen zu verkaufen.

Nachruf.

Breslau, den 20. März 1843. Wie unserer Gemeinde überhaupt, so hat der heutige Tag uns insbesondere einen herben Verlust bereitet. Heute ist uns unser Lehrer und Rathgeber, unser Seelenhirte und Obervorsitzer, der Dberbarrabiner Herr S. A. Sittin, nach einem mehrmonatlichen schmerzlichen Krankenlager durch den Tod auf immer entzissen worden.

Einundzwanzig Jahre hindurch hat der fromme und edle Verbliebene unserer dritten Brüder-Gesellschaft, oder Verein zur Ausübung der Nächstenliebe, als Oberhaupt vorgestanden, ihre guten Zwecke mit dem regsamsten Eifer gefördert, zu ihrer Erhaltung und zu ihrem Gedeihen kräftig beigetragen und ihr nach außen hin Achtung und Anerkennung verschafft.

Im Namen sämtlicher Mitglieder: Samuel Würkheim. Elkan Friedländer. Saul Goldsticker. A. Waxsdorff.

Die Loose 3. Klasse 87. Lotterie, Nr. 1246 bis 70. 1886 bis 1900. 9141 bis 48. 9953 bis 78. 86 bis 90. 10056 bis 65. 14671 bis 74. 14769. 70. 23401 bis 20. 27721 bis 40. 28977 bis 92. 38553 bis 55. 49551 bis 59. 52352 bis 74. 68276 bis 80. 73916 bis 20. 79892 bis 99 sind abhanden gekommen; es wird daher vor Ankauf derselben gewarnt.

Oberschlesische Eisenbahn.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der gegenwärtig von Breslau um 4 Uhr, und von Brierum um 5 Uhr 30 Minuten Abende dampfwagenzug vom ersten April e. ab, respektive um 5 Uhr und 6 Uhr 30 Minuten Abende abgehen wird.

Das Direktorium der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Museum. Die beiden Delgemälde: Damenbrettspieler von Hasenclever, Schlafende Italienerinnen von Gretius, bleiben nur noch einige Tage ausgestellt.

Ein eleganter Chaisen-Wagen

Zum bevorstehenden Patars-Sonntag empfehle ich die beliebtesten Mehlweizen, 25 Stück für 1 Silbergrroschen.

Spiel-Schule

beginnt mit dem 1. April. Anmeldungen können von jetzt ab täglich in den Vormittagsstunden von 9—12 Uhr gesehen.

Billing sind 2 vollständige Gesellschamlungen und Amtsblätter-Extrakte

Um demoiselle Suisse arrivee depuis peu de tems en Allemagne

Zum Stockfisch-

Gasthof

Feinstes, geriebener Bleiweiß,

am Neumarkt Nr. 17, in den 2 Säulen,

ging mir in der Nähe der goldenen Krone, in der Schweidnitzerstraße, ein Päckchen, worin 1 Schuldschein und 2 Hypotheken über circa 500 Rtl. lautend.

Kapstuchen,

Rechte Malagar

C. F. Bourgarde,

Forst- und Rittergüter,

